

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

FÜNFZEHNTE JAHR
APRIL 1964

4

FRIEDRICH LENZ

Weltwirtschaft und Wirtschaftswissenschaft

Ein Beitrag zur Kritik des Neo-Liberalismus

I

Die deutsche Nationalökonomie oder Volkswirtschaftslehre ist aus den Vernunftlehren und revolutionären Bewegungen hervorgegangen, in denen sich das Bürgertum der Niederlande, Englands und Frankreichs vom Fürstenstaat emanzipiert hatte. In Amsterdam und in der Londoner City überwog das Handelskapital. Dieselben See- und Kolonialmächte, deren kriegerischer Wettbewerb das 17. und 18. Jahrhundert kennzeichnet, sahen den Beginn einer aus ihren Merkantilinteressen erwachsenden Freihandelsdoktrin. Im zersplitterten und wirtschaftlich zurückbleibenden Deutschland hatte die territoriale Staatswirtschaftskunst der Kameralisten und aufgeklärter Fürsten die Bevölkerung sowie Landwirtschaft, Manufakturen und Verkehr gefördert. Mit dem Niederbruch des tausendjährigen „Heiligen Reiches“ schufen Frankreichs Heere sowie britisches Vorbild um das Jahr 1806 die Voraussetzungen für eine nationalstaatliche Markt- und Erwerbsgesellschaft. Dieser Übergang zur liberalen Volkswirtschaftslehre erreichte erst im Wiederanstieg der preußischen Großmacht diesen nationalen Maßstab. Nach vergeblichen Anläufen wurde Deutschlands politisch-ökonomische Einheit auf dem Scheitelpunkt der liberalen Ära Wirklichkeit. Der Zollverein ging 1871 in der Reichsgründung auf.

Seit ihrem Beginn im Umkreis des kleinstaatlichen Rheinbundes und der preußischen Reformgesetze bis zu den verfeinerten Markttheorien psychologischer oder mathematischer Art folgt unsere deutsche Volkswirtschaftslehre den Freiheitspostulaten des Vernunftsrechts. Ihre ersten Lehrbuchverfasser waren Schüler des Philosophen *Immanuel Kant*; der Humanitätsidee und dem liberalen Staatsbegriff *Wilhelm von Humboldts* blieben sie verpflichtet. Indem sich der aufgeklärte Weltbürger des 18. Jahrhunderts zum Staatsbürger und zum Wirtschaftsbürger einer befriedeten Weltverkehrsgesellschaft fortbildete, wurde die aus Westeuropa übernommene Nationalökonomie zur theoretischen Sozialökonomie unserer Gegenwart. Im Abschluß der napoleonischen Kämpfe hatte *Ricardo* 1817 die Theorie des internationalen Handels ausgearbeitet. Der philosophische Horizont verengt sich nunmehr zum erleuchteten Selbstinteresse und die praktische Vernunft zum rationalen Wirtschaftshandeln. Wie auf dem VI. Internationalen Kongreß für Gemeinwirtschaft in Rom 1963 gesagt wurde, sieht die große Mehrzahl aller Professoren die internationale Wirtschaft lediglich als ein Netz von Austauschbeziehungen zwischen Privatfirmen an. Die Geltung unserer bürgerlichen Grundrechte wird

hierbei als marktconformer Strukturrahmen für alle internationalen Beziehungen vorausgesetzt. Eine „Weltrepublik von Kaufleuten“ im Sinne der Physiokraten bindet die modernen Industriegesellschaften durch Welthandel und Goldwährung zu einer Einheit, die in den Jahrzehnten vor 1914 gipfelt.

Das Absehen von den unterschiedlichen Strukturbedingungen und allen politisch-ökonomischen Realfaktoren mußte jedoch den Abstand der Weltmarktlehren von der Wirklichkeit zunehmend vergrößern. Der Zwiespalt, der zwischen friedlicher Markterweiterung und der kolonialen Gewaltpolitik in Afrika und Asien von 1815 bis 1914 latent geblieben war, wurde akut und stellte die gesamte von Europa aus gesteuerte Integration der Weltwirtschaft in Frage. Weltfriede und Weltfreihandel, Freiheit des einzelnen von störenden Eingriffen der Staatsgewalt und Selbstausgleich aller Ungleichgewichte am Markt wie in der Politik wurden unzeitgemäß. Die deutschen Sozialökonomien hatten es unterlassen, den Fortgang von *Kant* zu *Hegel* nachzuvollziehen und für ihre Voraussetzungen durch Analyse der staatlich strukturierten und klassenmäßig geschichteten Produktionsverhältnisse den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Ihre Harmonievorstellungen wurden durch den Weltkampf aller großen Industriemächte gegeneinander widerlegt, der seit 1914 die Endzeit des Kolonialismus und des modernen Imperialismus heraufgeführt hat. Damit waren der Verfall unserer klassischen Weltwirtschaft und die Krisis ihrer kapitalistischen Triebkräfte zur Erkenntnis aufgegeben. Nur eine Analyse sämtlicher Realfaktoren konnte der Aufgabe genügen.

Statt dessen übernahm die Wirtschaftswissenschaft eine apologetische Funktion zugunsten der bisherigen Weltordnung und der darin verfestigten Interessen. Im Unterschied zu den politisch-historischen sowie soziologischen Disziplinen überdauerte die apologetische Funktion jeden Wechsel der deutschen Staatsformen in den Jahren um 1918, 1933 und 1945. Mit dem Strukturbruch des deutschen Nationalstaates endete dagegen die Wirksamkeit jener staatssozialistischen und historischen Schulen, die unserer Verfassungswirklichkeit bis dahin zugeordnet geblieben waren. An ihrer Stelle formierte sich zwischen 1932 und 1938 der deutsche „Neo-Liberalismus“. Die neoliberalen Theoretiker konzentrieren sich ihrerseits auf eine Formenlehre der vom Inhalt abgelösten Marktbeziehungen. Obgleich jede Form nur als Form des Inhaltes ihren Wert hat, verneinen sie den grundsätzlichen Gehalt konkreter Strukturbedingungen und schließen deren angeblich beliebige „Daten“ oder „Fakten“ vom Formalismus ihrer Funktionsmodelle aus. Mit *Wilhelm Röpke* halten sie an der Trennung der politischen und der wirtschaftlichen Sphäre im nationalen wie im internationalen Dasein fest. Eben hierdurch aber bestätigt und verfestigt diese „reine Theorie“, methodisch wie tatsächlich, die herrschenden Klassen- und Eigentumsverhältnisse, die ja stets politisch und rechtlich verfaßt sind. Diese bleiben als „exogene“ Daten oder Fakten den Grundsätzen einer marktconformen Wirtschaftslehre äußerlich. Je stärker aber der faktische Gehalt sich ändert, desto inhaltsreiner und unbeweglicher muß das „Residuum“ der Marktformenlehre werden. Der Widerspruch zwischen einer solchen spätbürgerlichen Sozialökonomie und einer Politischen Ökonomie, von dem auch *Walter Euckens* „Ordo“-Liberalismus ausgeht, ist freilich gleich jeder Antimonie ein Scheinproblem und verkennt, wie *Hegel* nachweist, das Wesen seines Gegenstandes. So wenig wie Form und Inhalt lassen sich systematische und geschichtliche Merkmale oder Theorie und Erfahrung auseinanderreißen. Gerade die „reine Theorie“ der Neoliberalen will ja eine nicht marktconforme Umwelt politisch auf den früheren Stand des freien Wettbewerbs zurückführen; der Windmühlenkampf gegen Konzentration und Monopole ist das Hauptbeispiel hierfür.¹⁾

Nachdem das deutsche Erwerbsbürgertum die entscheidenden Macht- und Besitzstellungen für sich gewonnen und seine Vorgänger in der Verfügung über den büro-

1) Zur Würdigung Alexander Rüstows, der „mit dem Mut der Verzweiflung“ dem Versagen des Wirtschaftsliberalismus abhelfen wollte, siehe *Gottfried Eisermann* in der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“ Hef 4, 1963, S. 593—604.

kratischen Staatsapparat endgültig abgelöst hatte, ist seine Sozial- und Wirtschaftslehre restaurativ geworden. Schutz aller wohlverworbenen Privatrechte ist die rechtsstaatliche Grundpflicht der Demokratie und ihrer grundrechtlich garantierten „sozialen Marktwirtschaft“. Diese Lage entspricht der inneren Logik des Geschehens sowie unseren geschichtlichen Erfahrungen: Es gilt einmal gewonnene gesellschaftspolitische Stellungen zu bewahren und sie im Vorfeld der Theorien gegen Angriffe abzusichern.

II

Die europäischen Staats- und Gesellschaftswissenschaften schließen jedoch im *Sozialismus* eine grundsätzliche Opposition ein, die gleichfalls auf das Zeitalter der Aufklärung und seine Vernunftwahrheiten zurückgeht. Die Opposition richtet sich gegen alle bisherigen Daseinsweisen unserer bürgerlichen Gesellschaft; hierbei knüpft sie an sozialrevolutionäre Versuche der englischen Revolution im 17. und an die französischen Radikalen im 18. Jahrhundert an. Die Konventsverfassung der Jakobiner von 1793 und *Babeufs* „Verschwörung der Gleichen“ von 1796 hatten bereits eine Diktatur geplant, ohne doch den Sieg der neuen bürgerlichen Gesellschaftsformation aufhalten zu können. Die Industriegesellschaft setzt sich im Bürgerkönigtum 1830 durch und wirkt über Frankreich hinaus auf das junge Deutschland ein. *Karl Marx* verbindet *Hegels* Dialektik sowie *Ricardos* Arbeitswertlehre mit der sozialen Opposition. Seine Kritik der politischen Ökonomie stellt den Gleichheitsanspruch der industriellen Arbeiterklasse dem Herrschaftswillen der siegreichen Bourgeoisie entgegen. Mit der bürgerlichen Gesellschaft wird als ihr Herrschaftsinstrument zugleich der Nationalstaat des 19. Jahrhunderts abgewertet. Frühester Anwalt der wirtschaftlichen Nationaleinheit für Deutschland war *Friedrich List* gewesen. Auch List folgte westlichen Vorbildern. Die relative Unreife der deutschen Zustände wird durch die Tatsache bezeichnet, daß sowohl List wie Marx ihre Hauptwerke im Exil schreiben mußten. Erst nach der Reichseinigung wurde die sozialistische Arbeiterbewegung zum Gegenspieler unserer nationalen Industriegesellschaft.

Der Marxismus verneint sämtliche privatkapitalistischen Produktionsverhältnisse und damit auch ihr Fortgelten am Weltmarkt. Jede Staatsgesellschaft, heißt es nun, könne durch die Widersprüche in ihrem Innern aufgesprengt und zerstört werden. Jedoch konnte sich der internationale, revolutionäre und völkerbefreiende Sozialismus, wie er in Deutschland hieß, innerhalb der staatlich gefestigten Völker Westeuropas und Nordamerikas keinerlei Machtstellungen erkämpfen. Mit den nationalen Produktivkräften wuchsen vielmehr alle internationalen Austauschbeziehungen ununterbrochen bis zum ersten Weltkrieg. Dann wurde das Staatensystem Kontinentaleuropas durch die Niederlagen Rußlands, Deutschlands und des Habsburgreichs zerstört.

Die Welthegeemonie der europäischen Mächte hatte schon auf dem Höhepunkt des modernen Imperialismus um 1900 durch das Aufsteigen der Vereinigten Staaten sowie Japans erste Einbußen erfahren. Im Ergebnis beider Weltkriege wurden Mitte und Osten unseres Kontinents, die bis dahin durch drei Kaiserreiche integriert gewesen waren, politisch aufgespalten und innerhalb des sowjetischen Machtbereiches sozialistisch umgebildet. Damit verlor die Weltwirtschaft alten Stils 1918 ein Sechstel und einschließlich Ostasiens seit 1945 über ein Viertel der Erdoberfläche mit rund 35 vH der Erdbevölkerung. Auf diese Landmasse, deren volkreichster Bestandteil China ein Viertel der Menschheit umfaßt, entfiel vor 1914 erst weniger als ein Zehntel des damaligen Welt Handels; der gleiche Anteil war 1956 mit 9,6 vH des internationalen Ein- und Ausfuhrhandels nicht wesentlich höher. Wichtiger als alle Handelsdaten wird die Entfaltung der materiellen Produktivkräfte und ihre planmäßige Koordination, durch eine staatliche Gemeinwirtschaft. Hier ist der Wettstreit des Marxismus-Leninismus mit den

westlichen Industriestaaten in vollem Gange. Indem der Industrialisierungsprozeß auch die übrigen Mitglieder der Staatengesellschaft ergreift, wird der hier aufklaffende Widerspruch zwischen erwerbsbürgerlichen und sozialistischen Gemeinwesen zum Hauptmerkmal unserer internationalen Gegenwart. Schätzungsweise dürfte die Bevölkerungszahl der marktwirtschaftlichen Länder in den Jahren 1960 bis 2000 von 700 auf 1050, diejenige des sozialistischen Weltsektors von 1000 auf 2200 und die Bevölkerung der Entwicklungsländer von 1200 auf über 3100 Millionen steigen.²⁾ Insofern würde sich die im 19. Jahrhundert vorherrschende Weltmarkt-Doktrin bis zum Jahr 2000 auf etwa ein Sechstel der Weltbevölkerung eingeschränkt finden.

Jedes autonome Gemeinwesen schafft eine ihm gemäße Verfassungswirklichkeit. Ideologien und theoretisches Selbstverständnis lassen sich von der Praxis so wenig abtrennen wie die Wirtschaftsdoktrinen von der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Es ist daher falsch und verkennt das Wesen unserer Weltverhältnisse, wenn unsere Neu-Kantianer am prinzipiellen „Sein-Sollen“ ihrer Weltmarktlehre festhalten und alle störenden Einflüsse als nicht konforme Ausnahmen von der Regel abwerten. Man darf die internationale Verfassungswirklichkeit und im besonderen sogenannte Interventionen des modernen Staates nicht als normwidrige Verstöße gegen die eigene Doktrin behandeln gemäß Palmströms Satz, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Andernfalls fällt man zurück in jene Polemiken, die *Adam Smith* gegen die Staatsmänner seiner eigenen Zeit geführt hat und denen nach zwei geschichtlich ausgefüllten Jahrhunderten jeder Reiz der Neuheit fehlt. Auch für alle kommunistischen Gemeinwesen und für sämtliche Entwicklungsländer ist heutzutage die Staatskunst durchweg von zentraler Bedeutung.

Unsere Daseinsweisen müssen schon deshalb als Einheit ihrer politischen und wirtschaftlichen Merkmale begriffen werden, weil ihr Ineinanderwirken nicht nur das *Innere* und die Praxis einer jeden Volkswirtschaft ergreift, sondern notwendig darüber hinausführt und die *Außenseite*, mithin Außenwirtschaft und Außenpolitik, unaufhaltsam ebenfalls durchdringt. Nur auf diesem Wege erfassen wir die Einheit der internationalen Wirtschaft; sie darzustellen ist Aufgabe der Politischen Ökonomie.

Jedes geschichtsbildende System zielt darauf hin, seine Umwelt zu verändern und sich in ihr nachwirkend zu behaupten. Unsere politischen und Sozialwissenschaften unterliegen selber dem Wechsel der Konstellationen und setzen darin die vom Schauplatz abgetretenen älteren Staats- und Gesellschaftswissenschaften fort. Das Mit- und Gegeninander der Systeme gipfelt heute in der ungeselligen Geselligkeit von älteren marktwirtschaftlichen und jüngeren sozialistisch verfaßten Gemeinwesen. Der Wechsel der Konstellationen kann sich etwa in der Bundesrepublik Deutschland bis zur sozialen Marktwirtschaft abschwächen; er kann sich aber auch zum ausschließenden Widerspruch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „Deutschen Demokratischen Republik“ steigern und zum weltweiten West-Ost-Konflikt im kalten oder heißen Krieg werden. Entscheidend bleibt stets die wechselseitige Beziehung der Wirtschaftsordnung zum Staatsapparat und ihre jeweilige Stellung innerhalb der Staatengesellschaft.

Schon durch ihr Dasein widerlegt unsere Weltwirtschaft den fiktiven und deshalb formalisierten Anspruch der klassischen Markttheorien auf absolute Geltung. Wechselwirkend werden jetzt auch die sozialistischen Gegenspieler von geschichtlichen Strömungen erfaßt, aus denen nach *Heraklits* Wort niemand unverwandelt wieder auftaucht. Die Sowjetunion sowie *Maos* China geben hierfür im Machtbereich des Marxismus-Leninismus die markantesten Beispiele. Wir Mitlebenden sind in das Geschehen seit dem ersten Weltkrieg eingefangen und können uns seiner Aktualität, ob handelnd oder erkennend, nicht entziehen. Die Praxis unserer gegenwärtigen Weltlage wird damit zur Aufgabe der Theorie; beider Verbundenheit verbietet uns jede mechanische Auffassung und jeden Dogmatismus. „Wo Realität, ist Bewegung“, sagt Hegel.

2) Siehe *Bruno Gleitze*, „Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch“ (1960), S. 9.

III

Selbstverständlich bleibt unsere eigene Subjektivität in allen sozialwissenschaftlichen Darstellungen erhalten; ist doch das Merkmal der Gesellschaftlichkeit im Zusammenleben der Menschen uns unabdingbar vorgegeben. Die subjektive Seite gehört für alle Produktionsweisen und Produktionsverhältnisse, um mit *Hegel* zu sprechen, zum eigentlichen Selbst unseres Gegenstandes. Darum können naturwissenschaftliche und besonders mechanische Analogien, so brauchbar sie an ihrem Teil sind, zur Erkenntnis des Sozialgeschehens nichts Entscheidendes beitragen. Dies gilt speziell für solche Begriffe wie Soziale Physik oder Statik und Dynamik; als Erster hatte *Comte* am Beginn des Zeitalters der anorganischen Naturwissenschaften sie in seine Theorie der sozialen Erscheinungen übernommen.

Andererseits bedeutet jedes Wirtschaften eine materielle Reproduktion unseres gesellschaftlichen Daseins, die durch eine Vereinigung von menschlicher Arbeit mit der äußeren Natur erfolgt. Durch dieses Zusammenwirken von Arbeit und äußerer Natur hat sich das gesellschaftliche Bewußtsein des Menschen ausgebildet. Nicht ein fertiges Produkt unserer Zivilisation, wie die bekannte Fiktion eines schiffbrüchigen isolierten Robinson erzählt, hat das Wirtschaften in Gang gebracht; vielmehr ist der Mensch aus seinem vorgeschichtlichen Dasein erst dann zu sich selbst gekommen, als er von seiner primitiven Sammlertätigkeit zum Produktionsprozeß und damit zum Herstellen von Werkzeugen übergegangen war. Der Produktionsprozeß geht mithin grundsätzlich wie faktisch allen Austauschbeziehungen am Markt voraus. Deswegen sprechen wir hier von Produktionsverhältnissen, von internationaler oder *Weltwirtschaft* und von nationaler *Außenwirtschaft*. Dies sind die übergeordneten Begriffe; sie schließen den Weltmarkt sowie jeden nationalen Außenhandel in sich ein.

Mit Recht bemerkt *Gustav Schmoller*: „Die wirtschaftliche Produktion besteht stets in einem aktiven Eingreifen des Menschen in den großen, nie ruhenden Naturprozeß.“ Offenbar führt eine Scheidung der seit *Wilhelm Dilthey* klassifikatorisch sogenannten Geisteswissenschaften von der äußeren Natur und von den Naturwissenschaften uns hier nicht weiter. Geschichtlich wie systematisch gehen beide Bereiche in der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik vielmehr ineinander über. Den Gesellschaftswissenschaften sind der Mensch und seine Außenwelt untrennbar. Beispielsweise läßt sich der subjektive Wert nicht bestimmen, ohne über ihn zum objektiven Wert hinauszugehen.

Wir erfassen nationale wie internationale Wirtschaft als die Art und Weise unseres gesellschaftlichen Daseins. So war es kein Zufall, daß die Weltwirtschaftslehre in Deutschland am Beginn des 20. Jahrhunderts, als Weltmachtpolitik und ein „Platz an der Sonne“ aktuell geworden waren, den Rang einer akademischen Disziplin erhielt.³⁾ Systematische Geltung und geschichtliche Gültigkeit fallen letzthin in eins. Dies gilt in weitestem Umfang für unsere Weltlage, die vornehmlich durch den Gegensatz der liberalen und sozialistischen Systeme bezeichnet wird.

IV

Der unerhört konfliktreiche Schauplatz, auf dem sich das Weltgeschehen in der Nachfolge zweier Katastrophen seit 1945 abspielt, sieht Deutschland nach zwei verlorenen Kriegen auf der Grenzscheide beider Weltsysteme und damit in einer akuten Gefahrenzone. Dieser Grenzfall läßt sich jedoch nicht schematisch verallgemeinern. Vielmehr zeitigt das Ineinander der internationalen Daseinsweisen, das an über einhundertzehn

3) Siehe des Verfassers Aufsatz „Neubildungen in der Wirtschaftswissenschaft“ im Septemberheft 1912 der „Preußischen Jahrbücher“.

autonomen Gemeinwesen hervortritt, eine Vielfalt von politisch wie wissenschaftlich bemerkenswerten Übergängen oder Zwischenformen. Die Entwicklungsländer geben hierfür das Hauptbeispiel. Sie entstammen zumeist der Liquidation des modernen Kolonialismus und Imperialismus; sie bilden bereits die Mehrheit aller souveränen Mitgliedsstaaten in der UN und halten sich vielfach außerhalb der zwei dort vorherrschenden Machtblöcke. Die Industrialisierung, die im 19. Jahrhundert das Werden unserer Nationalstaaten und Nationalwirtschaften begleitet hat, erfaßt nunmehr die gesamte Weltwirtschaft. Indem alte wie junge und künftige Industriegesellschaften aller Kontinente in diesen Umbruch einbezogen werden, ergreift der Prozeß unsere gesamte nationale wie internationale Gegenwart: Die Austauschverhältnisse im zwischenstaatlichen Verkehr ebenso wie die Staatsgewalten und deren Machtverhältnisse in der Weltpolitik. *Ökonomie* und *Politik* sind auch im internationalen Rahmen eine Einheit. Die Eine Welt, von der *Wendeil L. Willkie* 1943 sprach, bildet doch keinen handlungsfähigen Weltstaat; sie kennt Teilintegrationen, aber keine organisierte Weltwirtschaft.

Dies ist somit der Erkenntnisgegenstand der Politischen Ökonomie nach ihrem theoretisch wie praktisch umfassendsten Gehalt und Umfang. Die Teilabstraktion sogenannter Marktebenen wird um so unzulänglicher, je bewußter man die gesamte Wirtschaftswissenschaft nach dem Vorschlag eines viktorianischen Liberalen in den Rahmen einer reinen Gütertauschlehre oder „Katalaktik“ pressen möchte. Weltwirtschaftliche Teilintegrationen wie Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Europäische Freihandelszone (EFTA) oder das „COMECON“ differierten 1959 in ihrer Bevölkerungsdichte zwischen 144 und 13 Einwohnern je Quadratkilometer. An der Weltausfuhr nahmen die kommunistischen Länder 1962 schätzungsweise mit rd. acht Prozent teil, EWG und EFTA zusammen mit gegen vierzig Prozent und sämtliche Entwicklungsländer mit gegen 22 Prozent.⁴⁾ Wie sollten die weltwirtschaftlichen Beziehungen und Gewichte sich dann allein oder vornehmlich aus dem Handelsinteresse ableiten lassen?

Jeder Beobachter weiß, wie vielfache Motivkomplexe mitwirken, ob es sich um das Sonderproblem einer deutschen Wiedervereinigung oder darum handele, Großbritannien der EWG anzuschließen; geschweige jene Vereinigten Staaten von Europa, von Kerneuropa oder Paneuropa zu schaffen, deren pazifistische Segnungen schon *Victor Hugo* und *Alfred Tennyson* sowie *Heinrich Heine* gerühmt haben. Je stärker die Gefühle und Ideologien mit im Spiele sind, desto schwieriger wird es, hier und jetzt die realen Chancen einzuschätzen und Politik als den Takt oder die Kunst des Möglichen zu verwirklichen. Jedenfalls steht die „Europäische Bewegung“, die auf eine solche Integration hinzielt, gleich anderen „Pan-Ideen“ völlig unter dem Einfluß ihrer politischen Konstellationen. *Gustav Stresemann* hat als deutscher Staatsmann während der schwierigen Zwischenkriegszeit bemerkt: „Man muß in der Politik unterscheiden zwischen den politischen Realitäten und den Gefühlswerten“. Allerdings spielen die von *Bismarck* so genannten Imponderabilien immer mit hinein. Die Bereitschaft der Weltmarkt Konkurrenten, ihre friedlichen Markteroberungen in Gewaltmaßnahmen und imperialistische Anexionen größten Ausmaßes zu verwandeln, gibt eine Fülle von Beispielen.⁵⁾

V

Jede wissenschaftliche Darstellung der internationalen Wirtschaft erfordert daher eine genaue Analyse aller auf sie einwirkenden Merkmale. Erst das Begreifen ermöglicht ja

4) Siehe *Gleitze* loc cit., S. 10, und „Fischers Weltalmanach 1964“, S. 219 bis 221.

5) Siehe des Verfassers Aufsatz „Krieg und Diplomatie“ im Januarheft 1964 der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, S. 78 bis 80; ders. in „Zeitschrift für Politik“, 4. Heft 1960, und in „Publizistik“, Dezemberheft 1960.

ein sachgemäßes Behandeln und weist in eine „Politik der Zukunft“, wie *Friedrich List* im Anschluß an unsere älteren Staats- und Gesellschaftslehren sagt. Ein solcher Trend läßt sich an unserer Gegenwart erkennen, die alle marktwirtschaftlich verfaßten Volkswirtschaften aus ihrer hegemonialen Stellung in die Defensive treibt und ihre Verfassungsnormen wie ihre Marktlehren als das Ergebnis einer bestimmten Gesellschaftsordnung ausweist. Dem entspricht auf der östlichen Gegenseite der Übergang vom Privatkapitalismus zu neuen Formen und Inhalten einer gemeinwirtschaftlichen Existenz.

Jede Politische Ökonomie bedingt eine ihr gemäße *ökonomische Politik*. Interessenkämpfe von organisierten Gruppen sowie Änderungen in den Macht- und Eigentumsverhältnissen müssen den fiktiven Rahmen einer politikfreien „reinen“ Tauschgesellschaft sprengen. Die Funktion privater oder halböffentlicher Interessen wechselt ihre Formen und paßt sich der jeweiligen Staatsstruktur an, von den Handelskompagnien im Frühkapitalismus über die kolonialen und Kartellorganisationen der liberalen Weltmarktgesellschaft bis zur Hohen Behörde der Montanunion in unserer Gegenwart. Einerseits besteht die Gefahr, wie der Staatsrechtler *Herbert Krüger* sagt, „daß man das Modell ‚Wettbewerb‘ und die es bewegende motorische Kraft, den Eigennutz, zu einer ‚Pseudoreligion‘ erhebt, weil es dann unvermeidlich zu einer Kommerzialisierung des Staates kommen muß.“⁶⁾ Andererseits wird die völkerrechtlich gesicherte Weltverkehrsgesellschaft durch das einander widerstrebende Expansionsstreben ihrer Teilnehmer dauernd abgewandelt oder sogar durch die Enteignungen und Handelsverbote im Weltwirtschaftskriege 1914 und 1939 geradezu aufgehoben. Der Gegensatz des privaten Monopolkapitals im Westen zum staatlichen Kapitalmonopol des Ostens ist ebenso grundlegend wie der Übergang von der internationalen Goldwährung und vom privaten Kapitalexport der Friedenszeit zu den vielfältigen Weltorganisationen und Entwicklungshilfen nach 1945. Ob es die Weltbank in Washington und die „BIZ“ in Basel oder die Atomenergie-Kommission, ob es die ökonomische Zusammenarbeit in der OECD oder den internationalen Währungsfonds betreffe, überall sind Politik und Ökonomie im Umbruch der Weltwirtschaftsstrukturen einander organisch verbunden.

Dem globalen Spielraum entspricht der klassische Oberbegriff der internationalen Staatengesellschaft; in ihm vereinigen sich Staat und Gesellschaft zur konkreten Einheit. Subjekte dieser Staatengesellschaft sind nach wie vor die autonomen Staatsgewalten und Staatengruppen; deren Stellungen und Verhaltensweisen führen Akteure wie Zuschauer des Welttheaters in eine offene Zukunft. Die hier alternativ möglichen Grenzfälle hat Präsident *John F. Kennedy* die Ko-Existenz oder eine gegenseitige Vernichtung (*co-annihilation*) genannt.

Integrierende oder auflösende Bewegungen von solchem Ausmaß machen jede Sicherheit unserer mitmenschlichen Daseinsweisen im Atomzeitalter fraglich. Die Zeitgeschichte legt den Begriff einer Weltrevolution nahe; er begegnet uns zum ersten Male am Ende der napoleonischen Kämpfe bei *Ernst Moritz Arndt* 1814 und wurde alsbald von der sozialen Opposition im Frankreich des Bürgerkönigtums übernommen. Solche Umbrüche kannte das seiner Humanität bewußte Jahrhundert unserer bürgerlichen Gesellschaft von 1815 bis 1914 nicht. Wir durchleben dagegen seit 1914 abermals eine kritische Periode. Ob sie, wie der *Saint-Simonismus* einst verkündete, in eine organische Periode der Menschheit überleite, bleibt eine beweislose Annahme, solange wir sie nicht als *Postulat der Politischen Ökonomie* für unsere Gegenwart mit Wirklichkeitsgehalt erfüllen können. Die sprunghaften Fortschritte in Naturwissenschaft und Technik zwingen uns, neue Formen für unser internationales Zusammenleben zu finden, um hierdurch die gefahrdrohende Anarchie der gegenwärtigen Weltverhältnisse zu überwinden. Die Liquidation des 2. Weltkrieges ist hiermit gleichbedeutend.

6) Siehe Professor *Herbert Krüger* - Hamburg in „Die Welt“ vom 22. Januar 1964, S. 5.